

Erfahrungen und Prognosen
italienischer Mafiajäger Seite 10

EU-Energieabkommen
mit Modellcharakter Seite 11

«Diebe im Gesetz»
werden angeklagt Seite 11

Pilotprojekt von Fischern
stösst auf Widerstand Seite 13

Gleich viel Geld für Bauern – aber neu verteilt

Der Bundesrat schraubt am System der Direktzahlungen und erntet Kritik

Die Agrarpolitik erfährt eine Neuausrichtung. Die Botschaft dazu hat der Bundesrat verabschiedet. Weiterhin fließen jährlich über 3 Milliarden Franken in die Landwirtschaft.

Markus Hofmann

Er wolle eine Landwirtschaft, die produktiv sei sowie Ökologie und Ökonomie miteinander verbinde. Dies sagte Bundesrat und Agrarminister Johann Schneider-Ammann am Mittwoch bei der Vorstellung der Agrarpolitik, die für die Jahre 2014 bis 2017 gelten soll. Eine entsprechende Botschaft verabschiedete der Bundesrat gleichentags zuhanden des Parlaments. Die neue Agrarpolitik ist ein ziemlicher Brocken, über 270 Seiten umfasst die Botschaft – und es geht um viel Geld. In den Jahren 2014–2017 sind zur finanziellen Unterstützung der Landwirtschaft 13,67 Milliarden Franken vorgesehen. 11,3 Milliarden davon – 2,8 Milliarden pro Jahr – sind für die Direktzahlungen vorgesehen, der Rest für Sozialmassnahmen, Produktion und Absatz.

Anreize für mehr Ökologie

Beim System der Direktzahlungen sieht der Bundesrat die grössten Änderungen in der Landwirtschaftspolitik vor. Die Direktzahlungen sollen besser als bisher auf gemeinwirtschaftliche Leistungen wie Tierwohl, Ressourceneffizienz oder ökologische Produktion ausgerichtet werden. Damit kommt die Regierung einem schon länger geforderten Anliegen nach. Neu sollen die Direktzahlungen in Beiträge für die Versorgungssicherheit, die Erhaltung der Kulturlandschaft, die Förderung der Biodiversität, der Landschaftsqualität sowie der Ressourceneffizienz eingeteilt werden. Hinzu kommen Übergangsbeiträge, die eine sozialverträgliche Entwicklung der Landwirtschaft ermöglichen sollen (siehe Grafik).

Das meiste Geld, rund eine Milliarde Franken, soll in den Topf der Versorgungssicherheit fließen, die gemäss Botschaft die Produktionskapazitäten für den Fall von Versorgungsengpässen erhalten soll. Der Selbstversorgungsgrad soll laut Schneider-Ammann weiterhin rund 60 Prozent brutto betragen. Bereits 2014 soll eine substanzielle Umverteilung der Mittel stattfinden. Während die Versorgungssicherheitsbeiträge ab dann stabil bleiben, steigen die Öko-Beträge an, während gleichzeitig die Übergangsbeiträge sinken. Insgesamt verharren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Landwirt-



Trotz einer Verminderung der Anreize für die Tierhaltung soll der Bestand an Milchvieh etwa stabil bleiben. ARNO BALZARINI / KEYSTONE

schaft und die Unterstützung durch den Bund auf konstantem Niveau, wie Schneider-Ammann sagte. Im weltweiten Vergleich verfügt die Schweiz damit weiterhin über eine der höchsten Agrarstützungen. Um Direktzahlungen zu erhalten, müssen die Bauern den ökologischen Leistungsnachweis erbringen. Neu benötigen die Landwirte zudem ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis, Diplome aus Nebenerwerbskursen werden nicht mehr akzeptiert.

Ein grundlegender Wechsel findet bei den Tierbeiträgen statt. Diese werden in die Versorgungssicherheitsbeiträge verschoben, die ihrerseits auf die Fläche bezogen ausgerichtet werden. Auf dem Grünland wird aber ein Mindestbesatz an Raufutter verzehrenden Nutztieren vorausgesetzt. Damit sollen die Anreize für die Tierhaltung sinken. Schneider-Ammann geht davon aus, dass der Bestand an Milchvieh trotzdem stabil bleiben wird. Im Landwirtschaftsgesetz wird neu festgeschrieben, dass das Tierwohl zu gewährleisten sei.

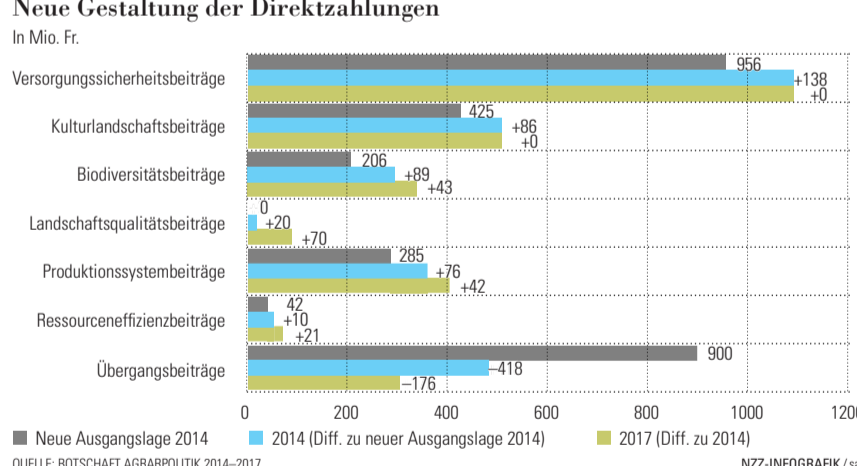
Ebenfalls wird der Begriff der «Ernährungssouveränität» ins Gesetz aufgenommen. Darunter versteht der Bundesrat «das Recht aller Völker, Länder und Ländergruppen, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren». Und für den zurzeit sehr volatilen Milchmarkt sieht die Regie-

rung einen Standardmilchkaufvertrag vor, der durch die Branche beschlossen und den Bundesrat allgemeinverbindlich erklärt werden kann.

Gemischte Reaktionen

Die Neuausrichtung der Direktzahlungen wird grundsätzlich begrüsst. Der Schweizerische Bauernverband bedauert aber, dass der Finanzrahmen nicht an die Teuerung angepasst wurde. Und er fordert Korrekturen. So sollen die Versorgungssicherheitsbeiträge zulasten der Übergangsbeiträge erhöht werden. Umweltschutzverbände sowie der Think-Tank «Vision Landwirtschaft» kritisieren, dass weiterhin ein grosser Teil der Direktzahlungen pauschal an die Bauern ausbezahlt werde. Unter dem Namen Versorgungssicherheit werde «Etikettenschwindel» betrieben, meint die «Vision Landwirtschaft». Der Schweizerische Gewerbeverband moniert die hohe Regulierungsdichte. Ihm missfällt auch, dass die Bauern in «gewerbenahen» Tätigkeiten gegenüber dem Gewerbe bevorzugt würden.

Neue Gestaltung der Direktzahlungen



Sparen zugunsten der Armee

Der Bundesrat schnürt ein neues Entlastungspaket im Umfang von 800 Millionen Franken

Das aufgestockte Armeebudget erfordert Sparmassnahmen in allen Departementen. Der Haushalt soll um 750 Millionen Franken entlastet werden. Weitere 50 Millionen Franken will der Bundesrat durch Mehreinnahmen decken.

Die eidgenössischen Räte rangen im letzten Jahr intensiv um das Militärbudget. Die bürgerlichen Fraktionen setzten schliesslich durch, dass das jährliche Armeebudget von 4,4 auf 5 Milliarden Franken aufgestockt wurde. In dieser Summe inbegriffen ist der Kauf eines neuen Kampfflugzeugs. Die Anschaffungskosten für den vom Bundesrat ausgewählten schwedischen Typ

Gripen bezifferte Verteidigungsminister Ueli Maurer Ende November auf maximal 3,1 Milliarden Franken.

Parallel zum Typenentscheid stellte der Bundesrat klar, dass die zusätzlichen Mittel für die Armee nicht über das ordentliche Budget beschafft werden könnten. Nun hat er diese Ansage im Rahmen einer finanzpolitischen Standortbestimmung konkretisiert.

Die jüngste Prognose lautet, dass 2013 mit einem strukturellen Defizit von 100 Millionen Franken zu rechnen ist. Dieses gedenkt der Bundesrat im ordentlichen Budget abzufedern. Für die Folgejahre allerdings rechnet das Finanzdepartement mit einem Defizit von 800 (2014) beziehungsweise 600 Millionen Franken. Angesichts dieser Perspektiven seien ausserordentliche Massnahmen unabdingbar, so der Bun-

desrat. Vorbereitet werde nunmehr ein «Konsolidierungs- und Armee-Finanzierungsprogramm» (KAP 2014).

Im Klartext bedeutet dies, dass ein neues Sparpaket in Aussicht steht. Alle Departemente sind aufgefordert, einen

Das Sparpaket 2014

Kürzungsvorgaben pro Departement

EDI	325 Mio. Fr.
Uvek	170 Mio. Fr.
EVD	125 Mio. Fr.
EFD	49 Mio. Fr.
EDA	42 Mio. Fr.
EJPD	26 Mio. Fr.
VBS (exkl. Armee)	12 Mio. Fr.
Bundeskanzlei	1 Mio. Fr.
Einsparungen total	750 Mio. Fr.

QUELLE: EFD

Beitrag zu leisten, der den Bundeshaushalt um insgesamt 750 Millionen Franken entlastet. Am meisten zur Kasse gebeten werden das Departement des Innern, das Infrastrukturdepartement sowie das Volkswirtschaftsdepartement (vgl. Tabelle). Die Vorgabe lautet, dass im Sinne einer proportionalen Verteilung in allen Aufgabengebieten Massnahmen ergriffen werden sollen. Zudem erwartet der Bundesrat konjunkturverträgliche Sparschritte.

Das neue Sparprogramm birgt vor allem deshalb Zündstoff, weil die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs heftig bekämpft wird (NZZ 1.2.12). Nüchtern betrachtet, steht das bundesrätliche KAP 2014 von der Stossrichtung wie auch vom Umfang her durchaus im Einklang mit den parlamentarischen Vorgaben. Die Finanz-

Halbherzige Agrarreform

Bundesrat hat Chance nicht genutzt

Die Schweiz verfügt pro Kopf der Bevölkerung über vergleichsweise wenig Kulturland. Trotzdem ist die Ausgangslage für eine fortschrittliche Agrarpolitik hier beinahe ideal. Das Land ist reich und fruchtbar, die Bauern sind gut ausgebildet und engagiert, und die Bevölkerung bringt der heimischen Landwirtschaft und ihren Produkten nach wie vor eine grosse Wertschätzung entgegen – und dies durchaus zu Recht. Auch die institutionellen Voraussetzungen sind bestens: In der Bundesverfassung steht ein Agrarartikel, um den uns mancher Staat beneidet. Der Landwirtschaft werden klare, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Ziele vorgegeben. Bis jetzt hapert es aber mit der Umsetzung. Mit der neuen Agrarpolitik für die Jahre 2014 bis 2017 sollte sich dies ändern, verspricht der Bundesrat. Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sollen gezielter gefördert sowie die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit stärker unterstützt beziehungsweise verbessert werden. Dazu schlägt der Bundesrat vor, das Direktzahlungssystem «weiterzuentwickeln» und auf Effizienz zu trimmen. Das tönt schön und gut. Bereits vor drei Jahren hatte die Regierung dargelegt, wie die Landwirtschaft besser auf die vom Souverän bestimmten Ziele ausgerichtet werden könnte. Die Auslegung war profund und stiess auf breite Zustimmung.

Doch der Bundesrat erfüllt jetzt die Vorgaben nicht. Weiterhin soll ein grosser Anteil der Direktzahlungen von jährlich 2,8 Milliarden Franken mehr oder weniger pauschal ausgeschüttet werden. Allein die Versorgungssicherheitsbeiträge betragen rund 1 Milliarde Franken. Diese Beiträge machen den grössten Posten der Direktzahlungen aus und dienen vor allem der Einkommenssicherung der Bauern. Mit einer konsequenten Ausrichtung der Direktzahlungen auf gemeinwirtschaftliche Ziele hat diese Verteilung genauso wenig zu tun wie mit der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit oder der Innovationsförderung. Das «Powerplay» des Schweizerischen Bauernverbandes scheint den Bundesrat beeindruckt zu haben: Im Vergleich zum Vernehmlassungsentwurf wurden die Versorgungssicherheitsbeiträge, die von Wirtschafts- und Umweltverbänden heftig kritisiert werden, gar noch erhöht.

Es fanden begrüssenswerte Änderungen in die Agrarpolitik Eingang – so etwa die Abschaffung der Tierbeiträge. Dennoch: Der Bundesrat hat die Chance vertan, die Landwirtschaft wirklich neu auszurichten.

kommissionen beider Räte pöchteten 2011 darauf, dass der Bundeshaushalt strukturell zu entlasten sei. Im Nationalrat wurden jährliche Einsparungen von 1 Milliarde Franken gefordert. Der Ständerat modifizierte die Sparmotion der grossen Kammer insofern, als er befand: «Die Aufgabenüberprüfung hat den Bundeshaushalt längerfristig substanziell zu entlasten. Die Entlastung ist so weit wie möglich für den weiteren Abbau von Schulden und in Einzelfällen für die Finanzierung neuer Aufgaben von hoher Priorität einzusetzen.»

Der Bundesrat hielt am Mittwoch fest, er entspreche mit dem Sparprogramm 2014 den parlamentarischen Forderungen. Bis zur Sommerpause sollen Sparvorschläge so weit konkretisiert sein, dass die Vernehmlassung eröffnet werden kann.